



17. Januar 2011

Einrichtung eines „Forum Netzpolitik“

Der Landesvorstand beschließt:

Unter der Leitung von Cordula Drautz wird beim Landesvorstand das „Forum Netzpolitik“ eingerichtet. Ziel ist es, den Dialog mit der Kompetenz der Aktiven im Netz intensiv zu führen und den Sachverstand möglichst vieler Mitglieder und Interessierter einzubeziehen, sowie einen offenen und breiten innerparteilichen Diskussionsprozess zu fördern und zu koordinieren. Das Forum soll netzpolitische Forderungen der SPD erarbeiten und agiert in Kooperation mit bestehenden sozialdemokratischen, netzpolitisch Aktiven. Das Forum soll dem Landesvorstand als Beratungsgremium zur Seite stehen und den inhaltlichen Austausch mit ähnlichen Gremien anderer Landesverbände und dem Gesprächskreis Netzpolitik auf Bundesebene suchen. Darüber hinaus soll die Präsenz von SozialdemokratInnen auf netzpolitischen Foren und Veranstaltungen gewährleistet werden. Das Forum erhält auf Landesparteitagen Rede- und Antragsrecht.

Begründung

Wir leben in einer digitalen Gesellschaft. Verwaltungen werden digitalisiert, das Internet ist für viele Menschen nicht mehr wegzudenken, *smart phones* bringen digitale Kommunikation in jeden Winkel des sozialen Lebens. Die seit 1980 geborene Generation ist ganz selbstverständlich mit dem Internet aufgewachsen. Sie nutzt soziale Netzwerke wie Facebook intuitiv und souverän. Diese neuen Kommunikationsformen mögen teilweise noch als jugendlicher Spleen angesehen werden. Tatsache ist allerdings, dass diese *digital natives* in Kürze die Mehrheit unserer berufstätigen Bevölkerung ausmachen, die Alltagsrealität der meisten Bürgerinnen und Bürger wandelt sich allmählich.

Die Entwicklung ist rasant und verändert gesellschaftliche, demokratische und rechtliche Zusammenhänge, wie sie bisher funktionierten. Wir brauchen Antworten auf die Folgen des durch die Digitalisierung angestoßenen Transformationsprozesses für unsere Gesellschaft. Regularien wie für den Datenschutz und die Privatsphäre müssen dieser Entwicklung angepasst und in vielen Bereichen neu gedacht und definiert werden. Die grundgesetzlich garantierten Freiheiten müssen weiter gelten – auch in einem digitalen Umfeld. Gleichzeitig muss wirksamer Schutz gegen Missbrauch gewährleistet werden. Unterschiedliche Interessen



17. Januar 2011

der Gesellschaft und der Wirtschaft am Internet und seinen Nutzern müssen kritisch und konstruktiv begleitet werden. Für die Politik stellt die digitale Gesellschaft eine neue Herausforderung dar, denn dieser paradigmatische Wechsel berührt alle unsere Lebensbereiche. Damit einher gehen eine veränderte Medienrezeption, neue Formen von Identitäts- und Beziehungsmanagement, sowie andere Arbeitsabläufe.

Berlin verfügt bereits heute über eine gute Ausgangsbasis um zur digitalen Metropole zu werden: Flächendeckender Breitbandausbau, qualifizierte Fachkräfte und viele junge, innovative Unternehmen mit Risikobereitschaft und dem nötigen Mut den digitalen Wandel gewinnbringend zu nutzen. Daran gilt es anzuknüpfen.

Der SPD-Landesparteitag hat am 26. Juni 2010 beschlossen: „Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Landesebene ein „Forum Netzpolitik“ einzurichten, das auf Landesparteitagen Antrags- und Rederecht erhält“. Das Forum Netzpolitik soll Antworten geben auf die Folgen einer sich digitalisierenden Gesellschaft, u.a. folgende Aspekte analysieren und mit Handlungsempfehlungen versehen:

- Das kopieren, remixen und verbreiten von Bildern, Musik oder Videos ist technisch kinderleicht geworden und mittlerweile eine typische Kommunikationsform. Nun gilt es das Urheberrecht zu überprüfen und zu aktualisieren, denn nicht jede private Äußerung unterliegt dem gleichen Copyright wie professionelle Inhalte von Musikern oder Schriftstellern.
- Datenschutz insbesondere für Arbeitnehmer gehört zu den politischen Aufgaben der Zukunft. Nicht nur die Überwachungsskandale bei Lidl, Telekom u.a. zeigen wie dringend notwendig hier Richtlinien zum Datenschutz sind.
- Medienkompetenzförderung an Schulen und Erwachsenenbildungswerken sind elementar. Ob *digital native* oder *silver surfer*, die Herausforderungen im Umgang mit den neuen Medien müssen auf den verschiedenen Ebenen vermittelt werden (verantwortliches Handeln stärken, technische Kompetenz schulen). Während die junge Generation zu einem sensiblen Umgang mit Informationen im Netz erzogen werden sollte, müssen ältere Generationen einen Zugang zu neuen Medien finden, um nicht den Anschluss an gesellschaftliche Beteiligung zu verlieren.



17. Januar 2011

- Wirtschaftsförderung in der Digitalen Gesellschaft bedeutet, Breitbandzugang für alle Bundesbürger, unabhängig von ihrer Wohnlage sicher zu stellen. Ganz Berlin muss mit der gleichen Infrastruktur ausgestattet sein. Nur mit Breitbandverbindung als Standard, sind die Grundvoraussetzungen auch für eine funktionierende Wirtschaft gegeben. Digitales Zugangsrecht und ein rechtsverbindlicher Anspruch darauf ist unser Ziel. Datenübertragung muss diskriminierungsfrei und verbraucherfreundlich organisiert werden. Wir fördern den Ausbau von nicht-kommerziellen Netzkooperativen wie Freifunk um den mobilen Netzzugang rechts- und zukunftssicher zu gestalten.
- Berlin wird wie kaum eine andere Stadt in Deutschland durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche verändert und bewegt: Bereits 2007 waren in Berlin und Brandenburg insgesamt 13.190 Unternehmen aus der Informations- und Telekommunikationstechnik sowie der Medienbranche ansässig. Im Jahr 2008 waren dort knapp 87.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – Tendenz steigend. Nicht zuletzt gilt unser Interesse den Freiberuflern, die in der digitalen Gesellschaft einer neuen sehr freien Arbeitswelt vor neue Herausforderungen in den Bereichen, Altersvorsorge, Arbeitsort, etc. gestellt werden.